

SÜDWESTGRÜN

RUNDBRIEF DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN GRÜNEN IM BUNDESTAG

LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

nach langer Hängepartie hat sich die GroKo Ende des Jahres 2013 schließlich konstituiert und mit Oppergate auch gleich einen fulminanten Fehlstart hingelegt. Im Januar 2014 konnten die Ausschüsse endlich ihre Arbeit aufnehmen und damit der parlamentarische Arbeitsablauf beginnen. Um angemessene Oppositionsrechte bei quantitativ übergroßer Koalition kämpfen wir noch! Nun sind wir auch als neue Landesgruppe der baden-württembergischen Grünen im Bundestag konstituiert und melden uns mit der ersten Ausgabe unseres gemeinsamen Südwestgrün-Rundbriefs in der 18. Wahlperiode bei euch zurück.



Unsere Landesgruppe im Bundestag ist leider gegenüber der letzten Wahlperiode auf jetzt zehn gegenüber davor elf Abgeordneten geschrumpft. Wir vermissen unsere KollegInnen Biggi Bender, Ingrid Hönlinger, Susanne Kieckbusch, Memet Kılıç und Ulrich Schneider. Aber wir freuen uns über die „Neuen“ – die inzwischen schon gut angekommen sind in ihrem Mandat: Franziska Brantner, Matthias Gastel, Chris Kühn und (nicht ganz so neu:) Cem Özdemir. Auf den letzten Seiten findet ihr Kontaktdaten und Zuständigkeiten für die Kreisverbände.

Bewegung gibt es auch in der Leitung der Landesgruppe. Ich, Sylvia, wollte das Amt nach vier Jahren gern abgeben – ich, Harald, wollte es gern übernehmen. Wir freuen uns, dass die Landesgruppe Harald für die nächsten zwei Jahre einstimmig zum Landesgruppensprecher gewählt hat. „Ein echter Öko als Landesgruppenchef, gut so ;-)“ sagt Sylvia über Harald, Harald sagt über Sylvia: „Eine Kämpferin übergibt den Stab – das verdient Respekt! Sylvia, Danke für Deine umsichtige und geradlinige Leitung der Landesgruppe in der letzten Wahlperiode!“ Wir werden als Landesgruppe weiterhin und immer von Neuem die grüne Stimme Baden-Württembergs in Berlin sein.

Wie üblich findet ihr in diesem Südwestgrün Schwerpunkte der Arbeit eurer Abgeordneten. Unsere Themen wie Energiewende, Gen-Merkelmais 1507 und viele andere werden auch in den anstehenden Europa- und Kommunalwahlen relevant sein. Wo immer wir euch in den anstehenden Wahlkämpfen damit unterstützen können – meldet euch!

Einen möglichst grünen Frühling im Südwesten und in Berlin wünschen

Sylvia Kötting-Uhl *Harald Ebner*

KERSTIN ANDREAE

Schwarz-roter Angriff auf die Zukunftsfähigkeit der Rente **2**

FRANZISKA BRANTNER

Familienpolitik: Wir brauchen einen Kulturwandel **4**

AGNIESZKA BRUGGER

Aufgaben und Herausforderungen für grüne Sicherheits- und Abrüstungspolitik **6**

HARALD EBNER

Merkelmais ist nur die Vorhut: Gentech-Zulassungen stoppen! **8**

MATTHIAS GASTEL

20 Jahre Bahnreform – Bilanz und Blick nach vorne **10**

SYLVIA KOTTING-UHL

Oettingers Liebe zur Atomkraft, Hinkley Point, Espoo-Klage **12**

CHRIS KÜHN

Grünes Wohnen: sozial, gerecht, klimafreundlich **14**

BEATE MÜLLER-GEMMECKE

Ein bisschen „gute Arbeit“ mit dem Tarifpaket **16**

CEM ÖZDEMİR

Zusammenarbeit mit China, Friedensprozess in Mali, tolerantes Baden-Württemberg **18**

GERHARD SCHICK

Machtwirtschaft – nein danke! **20**

SERVICE

Betreuungswahlkreise, Impressum **22**



SCHWARZ-ROTER ANGRIFF AUF DIE ZUKUNFTS- FÄHIGKEIT DER RENTE

Unser Rentensystem muss reformiert und angepasst werden. Denn Altersarmut ist schon heute ein Problem. Besonders Erwerbsgeminderte und Frauen beziehen oft eine so niedrige Rente, dass sie zusätzlich Grundsicherung beantragen müssen. In Zukunft drohen angesichts unterbrochener Erwerbsbiographien und niedriger Löhne immer mehr Menschen in Altersarmut zu geraten, obwohl sie ein langes Arbeitsleben hinter sich haben.

Diese Reform muss gerecht gestaltet und finanziert werden. Gerecht innerhalb einer Generation, aber auch gerecht gegenüber zukünftigen Generationen. Denn angesichts einer alternden Gesellschaft ist schon jetzt absehbar, dass diese sehr große Herausforderungen zu stemmen haben.

DIE KASSE FÜLLT SICH, DER STAAT BEDIENT SICH

Die Rentenkassen sind momentan so gut gefüllt, dass eigentlich eine Senkung des Rentenbeitrags von 18,9% auf 18,3% vorgeschrieben ist. Die Bundesregierung verzichtet nun aber auf diese Senkung und gibt die ersparten Reserven der Rentenkasse mal eben für die Verwirklichung von Wahlversprechen aus. Dabei handelt es sich um Leistungen, die nicht mit den Geldern aus der Rentenkasse, sondern aus Steuermitteln finanziert werden sollten.

Für die Kosten in Höhe von jährlich rund 9 Mrd. Euro kommen also nur Beitragszahler auf, obwohl auch Selbstständige wie Ärzte, Anwälte oder Bundestagsabgeordnete von den neuen Leistungen profitieren. Mal ganz konkret: Meine Mutter wird aufgrund ihrer drei Kinder nun mehr Rente bekommen. Bezahlen muss dies aber nicht ich. Sondern meine Mitarbeiter.

Durch die geplanten Reformen wird die Nachhaltigkeitsrücklage bis spätestens 2018 vollständig aufgebraucht sein. Was ist die Folge: Der Rentenbeitragssatz muss noch deutlicher als vorgesehen ansteigen. Aber noch schlimmer ist, dass kein Spielraum mehr für wirklich notwendige Reformen bleibt. Doch damit nicht genug: Auch nach dieser Wahlperiode wird die Reform bis 2030 noch 100 Mrd. Euro kosten, für die die Regierung keinen Finanzierungsplan hat. Diese kurzsichtige Politik schiebt die Probleme einfach zukünftigen Generationen zu. Aber auch die Rentner werden bis zu 40 der insgesamt rund 160 Mrd. Euro tragen müssen.

Die größten Kosten verursacht die bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten, die sog. Mütterrente. Der zusätzliche Rentenentgeltpunkt für Mütter und Väter von vor 1992 geborenen Kindern wird jährlich fast 7 Mrd. Euro kosten. Grundsätzlich ist zwar zu begrüßen, dass diese Erziehungsleistungen mehr honoriert werden. Mit der Finanzierung aus der Rentenkasse untergräbt die Bundesregierung aber zudem die von ihr selbst eingeführte Schuldenbremse.

DIE FALSCH PRIORITÄTENSETZUNG SCHAFFT VIELE UNGERECHTIGKEITEN

Auch die geplante abschlagsfreie Rente mit 63 ist in vielerlei Hinsicht ungerecht. Zum einen profitieren von ihr nur die wenigen Jahrgänge von 1951 bis 1964. Es ist unerklärlich, warum genau diese Jahrgänge gegenüber anderen bevorzugt werden sollen. Hier bleibt die Koalition jede Antwort schuldig. Es besteht zusätzlich die Gefahr, dass viele Versicherte über Frühverrentungsprogramme schon mit 61 in Rente gehen und so noch höhere Lasten auf die Rentenkasse zukommen. Bedenkt man, dass die jungen Menschen sowieso schon mehr in die Rente einzahlen müssen, trotzdem aber eine gerin-

Tel. 030 / 227- 71480, Fax 030 / 227- 76481, kerstin.andreae@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Haslacher Str. 61, 79115 Freiburg
Tel. 0761 / 8886713, Fax 0761 / 8886714, kerstin.andreae@wk.bundestag.de



gere Rente erhalten werden als ihre Eltern, erscheint es wie blanker Hohn gegenüber den jüngeren Generationen, dass nun wenige ältere Jahrgänge schon mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen sollen. Generationengerechtigkeit geht anders.

Zudem wird die Koalition mit der Reform auch die Rentengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern noch verstärken. Denn die Voraussetzungen für die Rente mit 63 erfüllen deutlich mehr Männer (80%), weil Frauen z.B. wegen Erziehungszeiten oft unregelmäßige Erwerbskarrieren aufweisen. Das kann auch die Mütterrente nicht wettmachen: Weil sie auf die Grundsicherung angerechnet wird, wird sie bedürftigen Frauen nicht helfen. Stattdessen wäre hier eine Garantierente die richtige Maßnahme gegen Altersarmut von Frauen.

Die Bundesregierung will bei der Rente mit 63 außerdem nur Arbeitslosenzeiten anrechnen lassen, während denen ALG I bezogen wurde. Diese Regelung kann mitunter zu kuriosen Ungerechtigkeiten führen. Zu allem Überflus scheitern die Pläne der Großen Koalition an der Realität, da die Rentenversicherung überhaupt keine Unterscheidung zwischen Zeiten des ALG I- bzw. ALG II-Bezugs treffen kann.

ALTERSARMUT MUSS KONSEQUENT BEKÄMPFT WERDEN

Für Mütterrente und Rente mit 63 nimmt die Regierung also große Mengen Geld in die Hand, für die Verbesserung von Erwerbsminderungsrenten aber macht sie in dieser Legislaturperiode gerade mal 1 Mrd. Euro locker, das entspricht nur 3% der gesamten Reformkosten. Und das, obwohl man gerade in diesem Bereich die Altersarmut effektiv bekämpfen könnte. Es ist ein untragbarer

Zustand, dass die durchschnittliche Erwerbsminderungsrente (610 Euro) heute unterhalb der durchschnittlichen Grundsicherung (686 Euro) liegt. Die Große Koalition will hier zwar minimal nachbessern. Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen unfreiwillig vorzeitig in Rente gehen, werden aber immer noch massiv von Altersarmut gefährdet sein. Auch die OECD bemängelt, dass die Reform das Risiko Altersarmut vernachlässigt.

Als richtige Flankierung der Rente mit 67 sind Maßnahmen notwendig, durch die Menschen möglichst lange gesund ihrem Beruf nachgehen können. Deshalb wollen wir vor allem Reha-Leistungen intensiver fördern. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen dennoch schon vorzeitig in Rente gehen müssen, wollen wir flexible Übergangsmöglichkeiten mit abschlagsfreien Erwerbsminderungsrenten schaffen. Damit Altersarmut komplett abgeschafft wird, wollen wir begleitend eine Garantierente von 850 Euro einführen, die es jedem ermöglicht, in Würde zu altern. Um für Planungssicherheit zu sorgen und die nächsten Generationen zu entlasten, wollen wir die Beiträge für die Rentenversicherung langfristig unter 20% halten, indem wir sie schrittweise zu einer Bürgerversicherung ausbauen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Die Rentenpläne der Großen Koalition sind nicht generationengerecht, unsolid finanziert und vertiefen Verwerfungen sowohl zwischen Arm und Reich als auch zwischen Männern und Frauen. Sie ignorieren den demografischen Wandel und bieten keine Lösung zur Bekämpfung von Altersarmut an. Anstatt diese gezielt zu bekämpfen, verteilt die Bundesregierung Wohltaten mit der Gießkanne und lässt die Bedürftigen im Stich.



FAMILIENPOLITIK: WIR BRAUCHEN EINEN KULTURWANDEL

In meiner neuen Aufgabe als zuständige Sprecherin setze ich mich für eine moderne Familienpolitik ein. Wir Grünen haben ein breites Verständnis von Familie; ich persönlich glaube, dass sie immer dort ist, wo auch Kinder sind. Wir schätzen die Leistung aller, die sich der Kindererziehung widmen; jedes Kind – egal, wie seine Eltern zusammenleben – soll die gleiche Förderung und den gleichen Schutz vom Staat erfahren.

Was bedeuten diese Ideen für mein Engagement in der neuen Legislaturperiode? Ich will eine bessere rechtliche Anerkennung von Patchwork- und Regenbogenfamilien – zum Beispiel durch neue und flexiblere Regelungen für soziale Elternschaft. Und vor allem möchten wir Grüne mehr von dem erfüllen, was sich Familien heute wünschen. Laut einer Forsa-Umfrage (für die Zeitschrift "Eltern" im Januar 2013) will ca. ein Drittel der Deutschen Erwerbs- und Familienleben so aufteilen, dass sowohl Vater als auch Mutter jede Woche 30 Stunden ihren jeweiligen Jobs nachgehen und den Rest der Zeit für die Kindererziehung verwenden. Verwirklichen können diesen Wunsch jedoch nur sechs Prozent.

Um diese Differenz zu schmälern, haben wir als Fraktion den Antrag „Gleichstellung im Lebensverlauf“ vorgelegt, der vollzeitnahe Beschäftigung von Männern und Frauen mit genügend Freizeit für Betreuung und Fürsorge sowie Möglichkeiten zur zeitweisen Unterbrechung der Erwerbstätigkeit vorsieht. Der jüngste Vorstoß von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) zu einer 32-Stunden-Woche für Erwerbstätige mit kleinen Kindern kam ohne Finanzierungsvorschläge daher und ist in meinen Augen ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte.

Wir Grüne haben auf die verhältnismäßig schlechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland schon früh hingewiesen. Wir haben kommunal und auf Bundesebene konstruktive Vorschläge und Maßnahmen eingebracht, darunter das Ganztagschulprogramm und gesetzlich garantierte Kita-Plätze für unter Dreijährige. Weiterhin setzen wir uns für den Ausbau von Kitas, Kindergärten und Ganztagschulen ein. Hier müssen zum einen mehr Plätze bereitgestellt und zum anderen durch bundesweite Standards die Qualität verbessert werden – flankiert durch eine Finanzierung durch den Bund.

Wir vertreten aber auch klar die Meinung, dass es eben nicht reicht, dass Familien sich dem Arbeitsmarkt anpassen. Auch der Arbeitsmarkt sollte stärker auf Familien ausgerichtet werden, und zwar besonders auf Alleinerziehende und solche, in denen beide Eltern arbeiten.

Dafür brauchen wir in Deutschland einen Kulturwandel weg von ständigem Präsenzzwang, aber auch eine Reform für mehr Flexibilität im Sinne der Eltern. Es ist uns dabei besonders wichtig, alltagstaugliche Vorschläge für alle Menschen zu machen, auch für die, die vom familienpolitischen Radar anderer Parteien nicht erfasst werden.

Wir begrüßen daneben gesellschaftliches Engagement: Gemeinsame Räume für Kinder, Eltern, Großeltern und Freunde müssen nicht immer nur vom Staat bereitgestellt werden. Außerdem muss der Kampf gegen Kinderarmut in Deutschland endlich konsequent vorangebracht werden. Hier brauchen wir eine politische Neujustierung und zusätzliches Geld für jene familienbezogenen Leistungen, die Kinderarmut gezielt bekämpfen.



SCHWARZ-ROT LÄSST EUROPA WARTEN

Fast drei Monate bilden Union und SPD nun schon eine Regierung, und immer noch rätseln viele, was sich hinter ambitionierten Überschriften wie „Europapolitische Verantwortung Deutschlands“ verbirgt, die den schwarz-roten Koalitionsvertrag schmücken. Europa wartet weiterhin auf Berlin – seit Monaten. Schon lange vor der Wahl vom vergangenen September wurden dringliche Entscheidungen auf die lange Bank geschoben.

Viele unserer Partner hoffen – zumal von einer stimmenmäßig kraftvollen Regierung – auf neue Töne, die deutlich mehr Engagement Berlins und entschlossenes Handeln gegen die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise signalisieren, von der immer noch Millionen EU-Bürger betroffen sind. Auf dem Papier und in diversen Reden kommen jetzt zwar aus dem Auswärtigen Amt neue, durchaus wohlklingende Töne über ein „solidarisches“ Europa, das Deutschland anstrebe. Weitaus stärker hat man aber jene tumben „Wer betrügt, fliegt“-Parolen gegen Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien in den Ohren, mit denen CSU-Politiker seit Jahresbeginn auf Stimmenfang gehen. Und von der Bundeskanzlerin kommt: wenig bis nichts. In ihrer groß angekündigten Rede vor beiden Kammern des Londoner Parlaments fiel Angela Merkel Ende Februar wenig mehr ein als Plädoyers für das Subsidiaritätsprinzip und verkappte Mahnungen an die EU-Kommission, sie solle den Mitgliedstaaten nicht ins Handwerk pfuschen.

Die Krise habe „Konstruktionsmängel“ der Währungsunion offengelegt, lautete die richtige Diagnose im Koalitionsvertrag. Aber anstatt sich aktiv um die fällige Stärkung der EU-Gemeinschaftsinstitutionen zu kümmern, pocht Berlin auf „vertragliche Reformvereinba-

rungen mit der europäischen Ebene“. Ist dies der Beitrag dazu, die „Entscheidungen der EU nachvollziehbarer“ zu machen und das „bewährte institutionelle Gefüge aus Kommission, Rat und Europäischem Parlament“ zu wahren, wie Union und SPD bei ihrem Ehevertrag verkündeten?

Nein, hier verbirgt sich eine andere Botschaft, nämlich die der Rückverlagerung von Entscheidungen und Kompetenzen. Obwohl die Schulden- und Wirtschaftskrise deutlich gemacht hat, dass eine stabile Einheitswährung nur dann möglich ist, wenn die gemeinsame Geldpolitik flankiert wird durch eine stärkere europäische Koordinierung der nationalen Haushalts-, Finanz- und Wachstumspolitik, feiert ein Denken Wiederauferstehung, das einseitig auf die Begrenzung der Handlungsspielräume der EU-Ebene setzt.

Welchen Weg will Deutschland zusammen mit den Abgeordneten und Regierungen Europas zur Vollendung der Bankenunion gehen? Wo bleibt der – gemeinschaftlich beaufsichtigte – Abwicklungsmechanismus für marode Banken? Wie ehrlich sind die Bekenntnisse zur Finanztransaktionsteuer? Wie sollen die Zusagen von Union und SPD zur Förderung von Beschäftigung und zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit finanziert werden? Wann kommt endlich die Einsicht, dass es eine handlungsfähige Wirtschaftsregierung braucht und dass Beschlüsse zur EU-Wachstumsstrategie zu respektieren sind? Werden die an Berlin gerichteten Empfehlungen der Europäischen Kommission, etwa im Sozialbereich, ernstgenommen?

Die EU hat sehr lange gewartet. Bis jetzt kommen aus Berlin nur kleinmütige Antworten einer höchstens nach ihrem Stimmengewicht großen Koalition.



2014: NEUE AUFGABEN UND SPANNENDE HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE GRÜNE SICHERHEITS- UND ABRÜSTUNGSPOLITIK

Die neue Legislaturperiode ist für mich mit zahlreichen neuen und einer alten Aufgaben verbunden: Ich bleibe abrüstungspolitische Sprecherin und bin von der Fraktion zusätzlich zur Sprecherin für Sicherheitspolitik sowie zur Obfrau im Verteidigungsausschuss gewählt worden. Über das Vertrauen der Fraktion habe ich mich sehr gefreut. Nun will ich in den kommenden vier Jahren die grüne Oppositionsarbeit in diesem Bereich kritisch, konstruktiv und kreativ mitgestalten.

Erst der Doktorarbeitspfuscher zu Guttenberg, dann Drohnendebakel-Minister de Mazière und nun Ursula von der Leyen, die beim großen Groko-Personalpoker am Ende die erste weibliche Verteidigungsministerin Deutschlands wurde (wofür es auch längst einmal Zeit war!). Personell geht es im Verteidigungsbereich immer spannend zu. Statt sich die üblichen 100 Tage Einarbeitungszeit zu nehmen, hat sich die neue Ministerin schnell von einem großen Thema zum Anderen gehandelt. Doch reiner Aktionismus, vorschnelle Äußerungen und mediale Omnipräsenz machen noch lange keine gute Außen- und Sicherheitspolitik aus. Vielmehr braucht es gerade in diesem Bereich eine gut durchdachte Gesamtstrategie.

Welche kritischen und ehrlichen Lehren werden aus dem Ende des Militäreinsatzes in Afghanistan gezogen und was sind die zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr? Wie geht es nach dem Debakel um den Euro-Hawk weiter? Wie kann man endlich die lange Serie der Rüstungsdesaster, die Millionen an Steuergeldern verschwenden, stoppen? Wie kann man eine Außen- und Sicherheitspolitik gestalten, die der Abrüstung, dem Frieden und den Menschenrechten dient und die zivile Krisenprävention in den Mittelpunkt stellt? All das sind Fragen bei denen wir Grüne in den nächsten Jahren die alternativen Antworten zu von der Leyens halbgaren

Ankündigungen aufzeigen wollen. Sie war in ihrer Zeit als Arbeitsministerin dafür bekannt, medial populäre Ideen zu präsentieren. Doch ob Frauenquote oder Lebensleistungsrente – passiert ist danach meistens: Nichts. Das werden wir Grüne ihr nicht weiter durchgehen lassen.

VON DER LEYENS ANKÜNDIGUNGSPOLITIK IM SCHNELLDURCHLAUF: MEHR KITAS, MEHR AUSLANDSEINSÄTZE UND ROLLENDE KÖPFE WEGEN DER RÜSTUNGSSKANDALE

Den größten Wirbel erzeugte von der Leyen mit ihrer Ankündigung, die Kultur der militärischen Zurückhaltung beenden zu wollen. Diesem Vorpreschen stehen wir Grüne nicht nur sehr kritisch und ablehnend gegenüber, weil wir es für ein planloses und gefährliches Vorgehen halten. Ja, es braucht eine größere Verantwortung Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik. Wir Grüne verstehen darunter aber etwas völlig anderes: Statt mehr Bundeswehreinsätze braucht Deutschland vor allem innovative Konzepte und belastbare Strukturen, um Konfliktursachen mit politischen und zivilen Mitteln zu lösen.

Für uns Grüne liegt der Schwerpunkt klar auf der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Frieden lässt sich nicht militärisch erzwingen. Daher setzen wir uns für die Stärkung von zivilen, entwicklungspolitischen und humanitären Instrumenten ein, um Gewalt einzudämmen oder im besten Fall sogar zu verhindern. Zentral sind dabei ein wirksames Frühwarnsystem und die Stärkung der Menschenrechte.

Anschließend hat die neue Ministerin zwar richtig erkannt, dass der Beschaffungsprozess ein potenzielles Fallbeil für die Chefs und Chefinnen des Verteidigungs-

AGNIESZKA BRUGGER

SPRECHERIN FÜR SICHERHEITSPOLITIK UND ABRÜSTUNG

WWW.AGNIESZKA-BRUGGER.DE

Tel. 030 / 227-71570, Fax 030 / 227-76195, agnieszka.brugger@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Rosenstraße 39, 88212 Ravensburg,
Tel. 0751 / 3593966, Fax 0751 / 3593967 agnieszka.brugger@wk.bundestag.de



ressorts ist. Aber um die Chaostage in der Rüstungsabteilung des Verteidigungsministeriums zu beenden, reicht es bei Weitem nicht aus, nur Köpfe auszutauschen und sich von einem Staatssekretär zu verabschieden.

Notwendig ist vielmehr ein radikales Umdenken: Ursula von der Leyen muss eine umfassende Reform des Beschaffungsprozesses schnell und entschieden in Angriff nehmen. Nur so kann sie eine Serie von Rüstungsdesastern stoppen und zukünftige Skandale und damit das sinnlose Verbrennen von Steuergeld verhindern. Beschaffungspolitik darf sich unter keinen Umständen weiter nur an den Wünschen der Industrie ausrichten. Ob sich hier aber wirklich etwas ändert, bleibt abzuwarten.

DAS KURZE GEDÄCHTNIS DER SPD NACH IHREN SCHÖNEN VERSPRECHEN BEI DEN RÜSTUNGSEXPORTEN

Über die SPD kann man sich dieser Tage nur kopfschüttelnd ärgern. Zu Oppositionszeiten hat sie mit uns Grünen vehement gegen die Rüstungsexportpolitik der schwarz-gelben Regierung protestiert. Gemeinsam haben wir in den letzten Jahren mehr Transparenz bei der Genehmigung von Rüstungsexporten gegenüber dem Bundestag und der Öffentlichkeit eingefordert. In der Regierung werden die Genossinnen und Genossen nun leise VerfechterInnen des Status Quos. Sehr schnell sind sie vor der Union eingeknickt und nun wird es doch keine Einrichtung eines parlamentarischen Gremiums geben, das die Regierung an dieser Stelle kontrollieren kann. Zudem ist es skandalös, dass Sigmar Gabriel nun eine 180 Grad Kehrtwende vollzieht und plötzlich Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien erteilt. Anders als die SPD werden wir nicht müde

werden, hier mit viel Leidenschaft für eine restriktive Rüstungsexportpolitik und mehr Transparenz zu streiten. Deshalb haben wir hierzu schon mehrere grüne Initiativen auf den Weg gebracht.

NEUE LEGISLATURPERIODE, NEUES TEAM

Auch für das neue Jahr und die neue Legislaturperiode gilt: Wenn ihr möchtet, dass ich bei euch vor Ort vorbeischaue oder Wünsche, Fragen, Kritik oder Rückmeldungen habt, könnt ihr euch immer gern bei mir oder meinem neuen Team in Berlin oder Ravensburg melden:

Barbara Großhaus (48), Sachbearbeiterin, ist zuständig für die Terminkoordination und Büroorganisation und steht Euch gern und jederzeit als Ansprechpartnerin in Berlin zur Verfügung.

Charlotte Lorentz (36), Büroleiterin, ist in meinem Bundestagsbüro für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Abrüstung, die VN-Missionen im Sudan und Südsudan und Fragen rund um die Vereinten Nationen zuständig.

Sonja Momberg (25), wissenschaftliche Mitarbeiterin, ist in meinem Bundestagsbüro für die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Militärpolitik, das Beschaffungswesen, Rüstungsexporte und Fragen zur Bundeswehrreform, Innere Führung, Nachwuchsgewinnung und Fürsorge verantwortlich.

Ralf Caspart (47), Wahlkreismitarbeiter, betreut mein Wahlkreisbüro in Ravensburg und freut sich von Euch zu hören, insbesondere wenn ihr Terminanfragen in Baden-Württemberg habt.



MERKELMAIS IST NUR DIE VORHUT: GENTECH-ZULASSUNGEN IN EUROPA STOPPEN!

Gleich mit der neuen Wahlperiode hat uns die erwartete Welle neuer Gentechnik-Zulassungen mit voller Wucht erreicht. Deshalb stehen meine wichtigen und spannenden neuen Themen in den Bereichen Forschungspolitik, Bioökonomie, Bodenschutz und Wald zunächst noch ein wenig im Hintergrund, denn im Zentrum unserer Aktivitäten in den nächsten Monaten steht der Kampf gegen den erneuten Einzug der Gentechnik in Deutschland und Europa. Nach der trügerischen Ruhe in Sachen Gentechnik auf unseren Äckern und Meldungen über einen angeblichen „Rückzug“ von Monsanto, BASF und Co. stehen die Zeichen jetzt auf Sturm. Das nach einem EU-Gerichtsurteil im Oktober beschleunigt aufgenommene Zulassungsverfahren für den Anbau des Pioneer-Genmais 1507 in der EU läutete eine neue Runde im Kampf gegen die Gentechnik ein.

GRÜNER GENMAIS-ANTRAG IM BUNDESTAG

Am liebsten hätten Angela Merkel und ihre Koalitionäre den Genmais von der Öffentlichkeit unbemerkt durchgewinkt und später mit dem Finger nach Brüssel gezeigt: „Die EU war's!“. Doch dieses Schwarze-Peter-Spiel wollten wir ihnen nicht durchgehen lassen. Unser deshalb im Bundestag gestellter Antrag (Drucksache 18/180, <http://gruenlink.de/psy>) hätte die Bundesregierung zur Genmais-Ablehnung verpflichtet. Der fiese Versuch der Koalition, unseren Antrag so lange zu verschieben, bis die Abstimmung in Brüssel gelaufen wäre, schlug zum Glück fehl. Die namentliche Abstimmung am 30. Januar hat in der Öffentlichkeit hohe Wellen geschlagen. Kein Wunder, schließlich haben fast alle SPD- und CSU-Abgeordneten gegen unseren Antrag und damit für die Genmais-Zulassung gestimmt – ein klarer Bruch ihrer Wahlversprechen und ein klarer Verstoß gegen Parteibeschlüsse. Das zeigt deutlich, was wir von dieser Koalition erwarten können: Kuschen vor der

Kanzlerin und wenig Bindungsgefühl an gegebene Versprechen. Gentechnikfreiheit ist den Koalitionären keinen Pfifferling wert,

Wie wichtig die aber ist, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Brasilien und China. In Brasilien sind die Maisschädlinge schon nach zwei Jahren gegen das vom Mais produzierte Gift resistent geworden. Und China hat in den letzten Monaten über 800.000 Tonnen Mais wegen gentechnischer Verunreinigungen an den Absender der USA zurückgeschickt. Noch ist bei uns produzierte Ware wegen der Gentechnikfreiheit im Anbau „sauber“ und kann problemlos in alle Welt verkauft werden. Diesen Standortvorteil wollen wir erhalten, gerade auch im „Feinschmeckerland Baden-Württemberg“. Deshalb ist eine rasche Umstellung des „Qualitätszeichens Baden-Württemberg“ auf gentechnikfreie Erzeugung so wichtig. Voraussetzung sind gentechnikfreie Futtermittel. Die gibt es reichlich, auch wenn die Geflügelindustrie gerade versucht, das Scheitern ihrer Billigfleisch-Strategie hinter angeblichen Lieferengpässen bei gentechnikfreier Soja zu verstecken.

GENMAIS IST KANZLERMAIS IST #MERKELMAIS

Niemand will den Genmais, 88 Prozent der Menschen sind dagegen – warum hat Deutschland dann nicht dagegen gestimmt? Ganz einfach: weil Angela Merkel persönlich es so wollte. Das wurde inzwischen aus den Reihen der GroKo mehrfach bestätigt, am schönsten von Elvira Dobrinski-Weiß (SPD) im ARD-Morgenmagazin (online unter <http://gruenlink.de/pt1>). Der mittlerweile gestürzte CSU-Landwirtschaftsminister Friedrich, Umweltministerin Hendricks und Vizekanzler Gabriel von der SPD konnten Merkel auch zu Dritt nicht zu einem „Nein“ in Brüssel bewegen. Die vermeintliche Mehrheitsmeinungskanzlerin regiert hier ganz klar am Willen der



Menschen vorbei. Sie trägt die Hauptverantwortung dafür, wenn der Genmais tatsächlich auf Europas Äckern ausgesät wird. Denn Merkel hätte durchaus ein europäisches „Nein“ zum Genmais erreichen können. 19 von 28 EU-Staaten wollen den Genmais nicht, nur vier wollen ihn haben. Die historische Chance, mit gewichtigen 29 deutschen Stimmen noch zwei weitere unentschiedene Staaten einzusammeln und eine Dreiviertelmehrheit gegen den Genmais zu erreichen, hat Merkel-Deutschland absichtlich versemelt.

Dieses Mal ist es der Kanzlerin aber nicht gelungen, die Verantwortung auf eine anonyme Brüsseler EU-Bürokratie abzuschieben: „Merkel macht US-Genmais in Europa möglich“ titelte etwa Spiegel Online. Auf Twitter heißt der Genmais jetzt #Merkelmais. Die Kanzlerin selbst hat öffentlich kein einziges Wort über den Genmais verloren. Am liebsten hätte sie die ganze Geschichte unter der Decke gehalten. Wir haben ihr mit unserer Initiative einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Wir wissen nicht, ob Angela Merkel persönlich auf Genfood steht – was wir aber wissen: Die Frage der Genmais-Zulassung hat eine starke politische Signalwirkung für die laufenden Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). Da möchte die Kanzlerin mit einer Gentechnik-Ablehnung keine Verstimmungen riskieren.

NATIONALE ANBAUVERBOTE?

Jetzt werden munter Beruhigungspillen verteilt: nationale Gentechnik-Anbauverbote („Opt-out“) sollen angeblich helfen, das Versagen der Großen Koalition in Brüssel zu heilen. Doch die würden ein Gentechnik-Chaos in Europa erzeugen anstatt Gentechnik wirksam zu verhindern. Dass Staaten, die keine Genpflanzen auf ihren Äckern wollen, mit den Konzernen darüber verhandeln

sollen, ist ein Unding. Wir müssen den Willen der EuropäerInnen in ein kraftvolles Genpflanzen-Verbot für ganz Europa umsetzen statt uns in Rückzugsgefechten zu verlieren.

Noch ist die Zulassung für den Merkelmais nicht erteilt. Vermutlich traut sich die EU-Kommission nicht, diese unpopuläre Entscheidung vor der Europawahl zu treffen. Jetzt sind Politik und Zivilgesellschaft gefordert, den politischen Druck aufrecht zu erhalten, um die Zulassung doch noch zu verhindern. Die Bundesregierung muss prüfen, ob sie auf dem Rechtsweg gestoppt oder – wie bei der Genkartoffel „Amflora“ – notfalls wieder kassiert werden kann.

GENMAIS IST NUR DER ANFANG

Neben dem vielbeachteten Genmais wartet aktuell eine ganze Reihe weiterer Gentechpflanzen auf die EU-Zulassung, darunter die aus Südamerika berüchtigte Roundup-Ready-Soja. Eine Zulassung für den Merkelmais würde unsere Äcker auch für diese Pflanzen bereiten. Zugleich versuchen Bundesregierung und EU-Kommission, das „Honig-Urteil“ des Europäischen Gerichtshofs und damit die Kennzeichnung von Honig mit Gentechnik-Pollen auszuhebeln. Selbst kanadischer Rapshonig aus 100 Prozent Gentechnik-Raps könnte demnächst ohne jede Kennzeichnung verkauft werden. Jede Wahlfreiheit wäre dahin. Um das zu verhindern, haben wir einen Antrag eingebracht (Drucksache 18/578, online unter <http://gruenlink.de/pt0>), über den diese Woche im Bundestag abgestimmt wird. Nach dem Versagen beim Genmais müssen die Abgeordneten der Großen Koalition jetzt endlich zu ihren Versprechen stehen und für die Menschen statt für Merkel und die Konzerne abstimmen!



20 JAHRE BAHNREFORM BILANZ UND BLICK NACH VORNE

Vor 20 Jahren beschloss der Bundestag die Bahnreform: Bundesbahn und Reichsbahn verschmolzen zur Deutschen Bahn AG. Wir haben in der grünen Bundestagsfraktion dieses Jubiläum zum Anlass genommen, um in einem öffentlichen Fachgespräch die Bahnpolitik der vergangenen Dekaden zu bilanzieren. Und um mit 150 TeilnehmerInnen aus dem Bahnbereich – Umwelt- und Fahrgastverbänden, Bahnunternehmen, Verkehrspolitikern – den Blick nach vorne zu richten. Was kann den stagnierenden Personenfernverkehr attraktiver machen? Wie kann der SPNV, der kräftig an Zuspruch gewinnt, seine Potenziale weiter ausschöpfen? Welche Bedingungen braucht der Schienengüterverkehr, um größere Marktanteile zurückzuerobern?

Unstrittig ist: Vor 20 Jahren bestand riesiger Reformbedarf. Verkehrsanteile und Image waren massiv gesunken, gleichzeitig stiegen die Kosten des Systems. Schiene immer weiter an. Die Politik hatte daher mit der Bahnreform vier Ziele im Visier: mehr Verkehr auf der Schiene, mehr Wettbewerb, geringere Belastung öffentlicher Haushalte und ein profitabler Betrieb der Deutschen Bahn. Wurden diese Ziele erreicht?

EHRlich BILANZIEREN

Zu ehrlicher Bilanz gehört: Das Unternehmen Deutsche Bahn AG, das 1994 schuldenfrei startete, hat inzwischen wieder rund 15 Milliarden Euro Schulden aufgetürmt. Dazu kommt: Bahnchef Grube muss einen 30-Milliarden-Sanierungsrückstand bei der Infrastruktur einräumen – nichts anderes als eine verstreckte Verschuldung. Vor allem aber steckt hierin eine gravierende Gefahr für die Zuverlässigkeit des Bahnverkehrs – und zwar deutschlandweit. Einen Teil der ausgewiesenen Schulden hat die DB AG für Auslandsgeschäfte gemacht, die noch nicht einmal ihre Kapitalkosten refi-

nanzieren. Mit Busverkehr auf Malta hat sie zum Beispiel 50 Millionen Euro Verlust gemacht – mit dem Gemeinwohlaufrag des Grundgesetzes hat diese internationale Ausrichtung der DB AG nichts zu tun.

Und wie sieht es bei den Verkehrsanteilen aus? Richtig erfolgreich entwickelt sich alleine der Nahverkehr, der im Zuge der Bahnreform an die Länder übertragen wurde. Um den Erfolg abzusichern und auszubauen, ist jetzt eine Anpassung der Regionalisierungsmittel an die Entwicklung der Trassenpreise plus Spielräume für Angebotsausbau erforderlich.

AUF FALSCH E GESETZT

Im Fernverkehr hingegen haben Bund und Deutsche Bahn AG auf falsche Konzepte gesetzt. Milliarden wurden zwar investiert, aber oft nicht dort, wo sie größtmöglichen Nutzen bringen. Mehr Hochgeschwindigkeit und streckenweise Reisezeitgewinne gehen häufig durch ungünstige Umsteigebedingungen und fehlende Anschlüsse wieder verloren. Weil das vorhandene Netz vernachlässigt wurde – auch um die DB AG fit für den Börsengang zu machen, sind Engpässe und Langsamfahrstellen vielerorts die Regel. Fahrgäste ärgern sich, weil vor allem die jährlichen Fahrpreiserhöhungen pünktlich sind. Statt veraltetem Wagenmaterial erwarten die Kunden Komfort. Dazu gehören Angebote an Speisen und Getränken, Sitzplätze mit guten Bedingungen fürs Arbeiten während der Reise inklusive Internetanschluss. Die Fehlentscheidungen der Politik gehen jedoch weiter. Als Beispiele genügen Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm.

Für viele unverständlich: Auch 20 Jahre nach der Bahnreform ist fairer Wettbewerb noch immer nicht selbstverständlich. Konkurrenten der staatseigenen DB AG

Tel. 030 / 227-74150, Fax 030 / 227-70150, matthias.gastel@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Aicher Straße 2 (Zugang über Rosenstraße), 70794 Filderstadt

Tel. 0711 / 99726140, matthias.gastel.ma04@bundestag.de



leiden unter Diskriminierungen bei Bahnstrom, Fahrkartenverkauf und Trassenpreisgestaltung. Dass jetzt das Bundeskartellamt einschreitet, offenbart ein massives Politikversagen. Immerhin: Auf grünen Druck hin hat die Bundesregierung mittlerweile ein neues Eisenbahnregulierungsgesetz versprochen. Wir wollen, dass den DB-Unternehmen wettbewerbliche Vorteile entzogen werden, die sie durch die Zugehörigkeit des Netzes zum Konzern besitzen.

Darüber hinaus ist es überfällig, den intermodalen Wettbewerb zu korrigieren. Die Lkw-Maut muss den Schwerlastverkehr tatsächlich verursachergerecht an den Infrastrukturkosten beteiligen. Gleiches gilt für Fernbusse. Der Luftverkehr muss der Schiene steuerlich gleichgestellt werden. Der Subventionswettbewerb bei den Regionalflughäfen gehört gecancelt. Dass der innerdeutsche Luftverkehr seit 1994 um 70 Prozent wachsen konnte spricht Bände!

Wer die Weichen in der Verkehrspolitik richtig stellen will, muss den Straßenneubau zurückfahren und auf die umweltfreundliche Schiene setzen. Der neue Bundesverkehrswegeplan muss eine attraktive Vertaktung des Schienenverkehrs fördern und entsprechende Prioritäten setzen. Wir sind überzeugt: Die Energiewende kann nur gemeinsam mit einer Verkehrswende gelingen. Deswegen: Es ist Zeit für eine Bahnreform 2.0 für mehr ressourcenschonende, klimaverträgliche und bezahlbare Mobilität.

NAHMOBILITÄT BESSER FÖRDERN

Unsere Kommunen sind im Wandel begriffen. Radfahren und zu Fuß gehen liegen im Trend und das Interesse vieler Menschen an mehr Aufenthaltsqualität und einer sicheren, leiseren, ressourcenschonenden Mobilität

wächst. Doch wird die Nahmobilität in der verkehrspolitischen und planerischen Praxis häufig immer noch unterschätzt oder nur unzureichend gefördert. So beschreibt beispielsweise der Nationale Radverkehrsplan 2020 der Bundesregierung zwar wortreich die wachsende Bedeutung des Radverkehrs für eine neue Mobilitätskultur und stellt die Potenziale, Handlungsfelder und Fördermaßnahmen auf allen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) differenziert dar. In der Praxis mangelt es jedoch schlicht am Geld und am politischen Durchsetzungswillen: Die ohnehin knappen Haushaltsmittel für den Ausbau und Erhalt von Radwegen an Bundesstraßen wurden in den letzten Jahren fast halbiert, moderne Standards für die Radverkehrsinfrastruktur (ERA 2010) nicht angewandt und das Radverkehrsreferat im Verkehrsministerium aufgelöst. Noch düsterer sieht es im Bereich der Fußverkehrsförderung aus. Hier verzichtet der Bund fast gänzlich darauf, Einfluss auf die Rahmenbedingungen zu nehmen oder als Impulsgeber aktiv zu werden.

Dies nehmen wir zum Anlass uns in der 18. Wahlperiode mit einer Fachgesprächsreihe verstärkt dem Thema Nahmobilität zu widmen. Dabei wollen wir Best Practice wie zum Beispiel den Einsatz von Lastenfahrrädern für die Citylogistik oder die Berliner Fußverkehrsstrategie vorstellen und gemeinsam mit Experten einen grünen „Werkzeugkasten“ für eine neue Nahmobilitätskultur in Deutschland erarbeiten.

Ich freue mich, über Einladungen zu verkehrspolitischen Veranstaltungen in Eure Orts- und Kreisverbände – gerne auch mit dem kommunalwahlrelevanten Thema der Nahmobilität, Schwerpunkt Radverkehr.



OETTINGERS LIEBE ZUR ATOMKRAFT

Wir mischen uns nicht in die Energiepolitik anderer Länder ein": Standardantwort von Merkel und ihren zuständigen Ministern auf Fragen nach der Sicherheit von Fessenheim, Cattenom, Temelin oder den AKW-Neubauvorhaben in Polen oder Großbritannien. Dem deutschen Energiekommissar der EU Günther Oettinger ist die gespielte Gleichgültigkeit gegenüber der Atomkraft in Europa aber nicht genug. Er liebt die Atomkraft und will sie fördern.

Er hat es sich ausrechnen lassen und weiß: Neue Atomkraftwerke rechnen sich nicht mehr. Sie sind für Betreiber eine Fehlinvestition. Um ihren Bau trotzdem möglich zu machen, müsse man (Zitat Oettinger:) „eine sensible Umgehung oder pragmatische Anpassung des Beihilferechts vornehmen“. Im Klartext: ohne staatliche Subvention kann in der EU kein AKW mehr gebaut werden.

Also muss die Beihilferichtlinie angepasst werden. Passenderweise läuft sie Ende 2014 aus. Und so griff Oettinger seinem Kommissionskollegen Wettbewerbs-Kommissar Almunia beim neuen Entwurf hilfreich unter die Arme (Beihilferichtlinien im Umwelt- und Energiebereich für den Zeitraum 2014 – 2020). In dem Entwurf sollte es den Mitgliedstaaten erleichtert werden, Unternehmen zu subventionieren, die Atomkraftwerke bauen bzw. betreiben. Weil beide „kohlenstoffarm“ sind, sollten die neuen Leitlinien die Förderung der Atomkraft mit der Förderung der Erneuerbaren Energien gleichstellen.

Das konnte mit massivem Druck aus der Öffentlichkeit verhindert werden. Atomkraft wird nun nicht grundlegend in der Beihilfe-Gesetzgebung verankert. Aber ein Schlupfloch bleibt: Ein Staat, der Atomkraftwerke subventionieren will, kann dies für jeden einzelnen Fall in

Brüssel beantragen. Ausgeschlossen ist die Förderung also auch nicht. Die Möglichkeit eines Förderungssystems bleibt für den einzelnen Staat bestehen.

SUBVENTION AUF DEN KOPF GESTELLT: HINKLEY POINT

Erste Konsequenz aus Oettingers Vision: Die britische Bevölkerung soll den geplanten Neubau Hinkley Point C über einen garantierten Abnahmepreis für den Atomstrom von 10,6 Cent pro Kilowattstunde 35 Jahre lang mit Milliarden subventionieren. Da der Bau des AKW mit Investitionskosten von umgerechnet 19 Milliarden Euro wirtschaftlich nicht rentabel ist, hat EdF, Electricité de France (französischer Elektrizitätskonzern, weltweit zweitgrößter Stromerzeuger, hauptsächlich aus AKW) mit der britischen Regierung über staatliche Subventionen verhandelt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Den Betreibern wird ein fixer Strompreis von 92,50 britische Pfund (109 Euro) pro Megawattstunde über einen Zeitraum von 35 Jahren zugesichert. Der Preis ist damit fast doppelt so hoch wie der heutige Absatzpreis für Atomstrom (49 britische Pfund im Jahr 2012). Darüber hinaus verbilligt der Staat die Finanzierung mit Garantien – die SteuerzahlerInnen sollen für 65 Prozent der Baukosten bürgen. Was Oettinger und die EdF freut, beschert den Briten überteuerten Strom, begleitet von Atommüll und atomarem Risiko, bis ins Jahr 2050.

2050 wird es schon lange keinen Sonnen- oder Windstrom zum hohen Preis von 10,6 Cent mehr geben. Die Briten machen also ein schlechtes Geschäft. Die Förderung von Atomkraft mit der Förderung der Erneuerbaren auf eine Stufe zu stellen, verkennet auch die Rahmenbedingungen, unter denen Subventionen sinnvoll sind: nämlich dann, wenn eine neue vielversprechende Technologie angeschoben werden soll. Die Erneuerbaren

Tel. 030 / 227-74740, Fax 030 / 227-76742, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Tel. 0721 / 1518687, Fax 0721 / 1518690, sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de



sind inzwischen auf dem Weg zur Marktfähigkeit – die Marktfähigkeit von Atomstrom läuft aus. Das mit Subventionen aufhalten zu wollen, stellt den Sinn einer Subvention auf den Kopf!

Offenbar haben auch einige Köpfe in der Kommission Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Förderprojekts Hinkley Point. Die Generaldirektion Wettbewerb prüft derzeit, ob es sich bei dem britischen Vorschlag überhaupt um eine zulässige Subvention handelt und ob die Bedingungen für die Förderung „verhältnismäßig und alternativlos“ sind. Sollte diese Prüfung gegen Hinkley Point ausgehen, wäre Oettingers Strategie der Förderung von Atomkraft durch die Hintertür fürs Erste gescheitert.

MEINE KLAGE VOR DER ESPOO

Atomkraft wird von ihren Befürwortern mit allen Mitteln durchgesetzt. Deshalb muss sie mit allen Mitteln bekämpft werden!

Die Baugenehmigung für Hinkley Point C wurde im März 2013 erteilt, ohne dass die deutsche Öffentlichkeit die Möglichkeit hatte, sich an einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu beteiligen. Großbritannien hatte das Vorhaben nicht notifiziert. Und auch die Bundesregierung hat sich nicht mit Bezug auf die Espoo-Konvention oder die EU-UVP-Richtlinie um eine grenzüberschreitende Beteiligung der deutschen Bevölkerung bei den Briten bemüht (anders als etwa die Österreicher, die sich dann auch beteiligen konnten). Sowohl ein Brief von mir an Altmaier mit der Aufforderung zur Beteiligung als auch ein Brief an den britischen „Secretary of State for Energy and Climate Change“ Ed Davey blieben ohne Ergebnis. Deshalb habe ich Beschwerde vor dem Espoo Convention Implementation Committee darüber eingereicht, dass

Großbritannien nicht den Vorgaben der Espoo-Konvention nachkommt und das Bauvorhaben in Deutschland nicht notifiziert hat. Das Komitee prüft meine Klage derzeit.

Ich habe auch die Länder angeschrieben, die vom Komitee inzwischen um Bestätigung gebeten werden (Spanien, Portugal, Niederlande, Dänemark, Belgien, Norwegen, Frankreich), dass Hinkley Point C keine grenzüberschreitenden Auswirkungen auf ihrem Territorium haben wird. Norwegen beziehungsweise die dortige NGO Bellona konnte ich in diesem Sinn als erstes Land sensibilisieren. Von dort habe ich bereits Antwort, dass der Regierung mit Erfolg Druck gemacht wurde.

Ich erwarte in den nächsten zwei Wochen eine Antwort vom Komitee. Gibt es meiner Beschwerde Recht, heißt das, dass Großbritannien sich nicht konform mit der Espoo-Konvention verhalten hat und Deutschland nachträglich eine Beteiligung ermöglichen muss. Das verzögert das Projekt weiter. Zu Recht!

Die Menschen Europas haben genug für die Atomkraft bezahlt! Mit Subventionen, Steuernachlässen, Haftungsbefreiungen, steuerfreien Rückstellungen. Mit den Folgen von Tschernobyl, dem Leukämie-Risiko von Kindern um Atomanlagen, dem ständigen Risiko eines GAUs. Sie werden noch bezahlen mit den ungedeckten Kosten für Rückbau und Endlagerung. Es reicht! Der Versuch, im Jahr 2014 einen neuen Subventionstatbestand zu schaffen für eine überholte Technologie, deren untragbare Risiken inzwischen erwiesen sind, muss zum Scheitern gebracht werden! Lasst uns auch dafür im Europa-Wahlkampf kämpfen!



GRÜNES WOHNEN: SOZIAL, GERECHT, KLIMAFREUNDLICH

Als bau- und wohnungspolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion bearbeite ich die Bereiche Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung. Ich bin Vollmitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Daneben bin ich stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen für Recht und Verbraucherschutz, Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Kultur und Medien. Ich gehöre dem Arbeitskreis II der Bundestagsfraktion an und leite die AG Umwelt und Bau.

Zukunftsfähige Bau- und Wohnungspolitik bedeutet für mich soziales Mietrecht, gemeinwohlorientierter Wohnungsbau und energetische Gebäudemodernisierung zusammen zu denken.

HERAUSFORDERUNG

Wir können seit geraumer Zeit den Trend beobachten, dass Menschen vermehrt in die Stadt und die Innenstädte ziehen. Der Arbeitsmarkt verlangt mehr und mehr Mobilität, auch beim Wohnort. In boomenden Städten wird der Platz dadurch immer knapper. Nach den gängigen Marktprinzipien steigt durch die hohe Nachfrage der Preis für Wohnraum. Verstärkt wird dieser Effekt durch die Niedrigzinspolitik und die dadurch resultierende vermehrte Geldanlage in Wohnimmobilien – mit dem Ziel hoher Renditen. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank weichen die Preise für Wohnimmobilien in den deutschen Großstädten durchschnittlich um 25 Prozent nach oben ab. Sogar eine Immobilienblase kann perspektivisch nicht mehr ausgeschlossen werden.

Das bestehende Mietrecht bietet für Immobilienspekulationen einigen Spielraum, der in wachsenden Regionen häufig ausgenutzt wird. In den begehrten

Wohnlagen kann nur noch wohnen bleiben, wer über genügend finanzielle Ressourcen verfügt. Die wachsenden Märkte überhitzten, die Fläche ist knapp und neu geschaffener Wohnraum oft zu teuer.

Die wichtigsten Herausforderungen für die Wohnungsmärkte in Deutschland sind der demographische Wandel und die Energiewende. Alle wohnungs-, baupolitischen und mietrechtlichen Instrumente müssen darauf ausgerichtet werden, genauso wie die Fördermittel. Zusätzlich brauchen wir so schnell wie möglich die Einführung mietpreisbremsender Instrumente.

BEZAHLBAR WOHNEN

Wohnen ist keine austauschbare Ware, wie eine Zahnbürste oder ein Möbelstück. Der Wohnort eines Menschen sichert den Zugang zu Arbeit, Gesundheitsversorgung und auch zu finanziellen Ressourcen.

Wir brauchen in Deutschland endlich ein umfassendes wohnungspolitisches Konzept, das die zentralen Herausforderungen der Wohnungsmärkte einbezieht und mit konkreten Maßnahmen unterfüttert ist.

Die Mietpreisbremse muss schnell und ohne große Hürden eingeführt werden. Sie ist ein Rettungsschirm, der bald aufgespannt werden muss, sonst gibt es nichts mehr zu retten. Die GroKo wäre aber nicht die GroKo, wenn sie nicht unnötige Hürden eingebaut hätte. So sollen Kommunen, in denen die Begrenzung von Wiedervermietungsmieten eingeführt wird, gleichzeitig ein Konzept zur Behebung des Wohnraummangels vorlegen. Das ist grundsätzlich sinnvoll, sollte aber nicht als Bedingung für die Mietpreisbremse gesetzt werden. Die

Tel. 030 / 227-73097, Fax 030 / 227-76097, christian.kuehn@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Am Lustnauer Tor 6, 72074 Tübingen
Tel. 07071 / 9997958, christian.kuehn.ma04@bundestag.de

Mieterinnen und Mieter brauchen jetzt Hilfe. Die Mietpreisbremse ist da nur ein erster Schritt, ein Tropfen auf den heißen Stein, der aber schnell kommen muss, sonst verpufft seine Wirkung. Gerade auch deshalb werden wir SPD und Union genau auf die Finger schauen und für eine echte Mietpreisbremse kämpfen.

Für mich ist es noch immer unbegreiflich, dass wir nicht schon lange bei den Maklerkosten das Bestellerprinzip haben – wie in fast allen anderen Dienstleistungen übrigens auch. Hier muss endlich auch gelten: Wer den Makler oder die Maklerin bestellt, bezahlt.

Auch der soziale Wohnungsbau in Deutschland muss eine Renaissance erleben. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland um fast ein Drittel gesunken – mit entsprechenden Folgen für die Mieterinnen und Mieter. Der Bund muss die Länder und Kommunen besser beim sozialen Wohnungsbau und bei gezielten Ankäufen in innerstädtischen Lagen unterstützen.

ENERGIEWENDE IM GEBÄUDEBEREICH

Bei der Energiewende im Gebäudebereich geht es nicht nur um den Klimaschutz und die Energiewende als Ganzes, sondern vor allem auch um die Heizkostenbelastung der Menschen in Deutschland. Es geht im Kern um die Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die Heizkosten sind in den vergangenen Jahren dreimal so schnell angestiegen wie die Löhne – bei Ölheizungen sogar achtmal so schnell.

Zu diesem Thema habe ich eine Debatte im Deutschen Bundestag initiiert und für unsere Fraktion den Antrag „Heizkosten sparen – Energiewende im Gebäudebereich und im Quartier voran bringen“ erarbeitet.

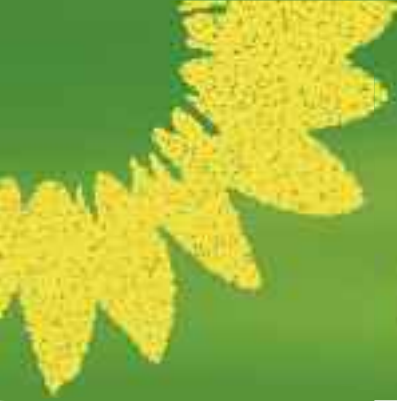
Wer bei der energetischen Gebäudesanierung versagt, der versagt bei der Wohnungspolitik insgesamt. Was wir brauchen, ist eine ganzheitliche Betrachtung der Wärmeversorgung, die das ganze Quartier in den Blick nimmt. Wir brauchen eine Offensive bei den Wärmenetzen und beim Bestand.

Wie bei der Einkommensentwicklung öffnet sich auch bei den Heizkosten eine immer größer werdende Schere zwischen arm und reich. Hier gut isolierte Neubauten mit modernen Heizanlagen – dort schlecht gedämmte Bestandsbauten mit alten Ölbrennern. Wir brauchen dringend mehr Investitionen in die energetische Gebäudesanierung und in integrierte Wärmenetze. Das hilft dem Klima und schützt die Mieterinnen und Mieter vor steigenden Heizkosten. Ich bin überzeugt, dass energetische und soziale Fragen gerade bei der Wohnungspolitik zusammen gedacht werden müssen.

UMWELT UND BAUEN

Die Große Koalition hat den Baubereich aus dem alten Ministerium für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung herausgelöst und dem Umweltministerium zugeordnet. Ich sehe darin nun die große Chance, den ökologischen Bereich der Baupolitik zu stärken. Klar ist für mich, dass den ökologischen Baustoffen die Zukunft gehört.

Den schönen Worten der Regierung müssen jetzt auch Taten folgen. Dafür werde ich mich in den kommenden vier Jahren einsetzen – in Berlin, aber auch vor Ort in Baden-Württemberg. Die Frage nach bezahlbaren Mieten, ökologischer Modernisierung und klimaneutraler Wärme ist zu wichtig, als dass man sie der GroKo einfach so überlassen darf. Auch dafür bin ich gewählt worden. Gerne komme ich zu Euch in den KV und stelle die Ideen und Konzepte persönlich vor.



GROKO 2014: EIN BISSCHEN „GUTE ARBEIT“ MIT DEM TARIFPAKET

Gute Arbeit ist inzwischen – wie es scheint – salonfähig geworden. Immerhin hat sie Einzug in den Koalitionsvertrag von Union und SPD gefunden. Es gibt erste zaghafte Ansätze für eine andere Politik und doch reicht das bei weitem nicht aus. Als erneut gewählte Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte wird es mir also auch in dieser Wahlperiode nicht langweilig und ich freue mich auf viele Einladungen zu spannenden Veranstaltungen rund um die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den grünen baden-württembergischen Kreisverbände.

DAS SCHWARZ-ROTE TARIFPAKET

Mit einem Tarifpaket will Arbeitsministerin Andrea Nahles die Tarifaufonomie stärken. Die geplante Reform der Allgemeinverbindlicherklärung ist ein echter Schritt in die richtige Richtung. Denn sinkende Tarifbindung hat in den vergangenen Jahren zu weißen Flecken in der deutschen Tariflandschaft geführt. Um dem etwas entgegenzusetzen, habe ich mich in der vergangenen Wahlperiode dafür stark gemacht, dass das wichtige Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung reformiert wird. Wir Grünen haben das Thema im Bundestag gesetzt und das will die Große Koalition nun erfreulicherweise sehr konkret angehen.

Damit Tarife für eine ganze Branche allgemeinverbindlich gelten, soll es künftig ausreichen, dass ein besonderes öffentliches Interesse vorliegt. Die bisherige Bedingung, dass mindestens 50 Prozent aller Beschäftigten bei tarifgebundenen Betrieben der Branche arbeiten, soll entfallen. Gleichzeitig ist geplant, das Arbeitnehmer-Entsendegesetz für alle Branchen zu öffnen. In der Folge wären branchenspezifische Mindestlöhne künftig in jeder Branche möglich. Beide Vorhaben will die Regierung noch vor der Sommerpause angehen.

Entscheidend ist allerdings eine konsequente Umsetzung. Wir werden das ganz genau beobachten und die Regierung fordern, damit sie nicht auf halber Strecke stehen bleibt.

MINDESTLOHN ODER MOGELPACKUNG?

Auch der angekündigte Mindestlohn ist eigentlich ein Schritt in die richtige Richtung. Doch er kommt spät, denn der verbindliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro soll erst ab dem Jahr 2017 für alle Beschäftigten gelten. Vorher sind alle Branchen ausgenommen, in denen Tarifverträge niedrigere Löhne festlegen. Manche sollen den Mindestlohn also schon im Jahr 2015 bekommen, andere nicht. Zudem ist die erste Überprüfung und Anpassung des Mindestlohns frühestens im Jahr 2018 durch eine Kommission geplant. Bis dahin bleibt es bei 8,50 Euro, unabhängig von der Inflationsrate. Damit verliert der Mindestlohn an Wert, und das ist nicht akzeptabel.

Außerdem führt die Union jetzt die Diskussion über Ausnahmen. Wenn aber MinijobberInnen, RentnerInnen, StudentInnen oder hinzuverdienende Arbeitslose kein Anrecht mehr auf den Mindestlohn haben, müssten rund zwei Millionen Menschen laut der Hans-Böckler-Stiftung weiterhin zu Dumpinglöhnen arbeiten. Und die Union kann sich noch weitere Ausnahmen vorstellen – ZeitungsaussträgerInnen, TaxifahrerInnen, junge Menschen, Saisonarbeitskräfte, Beschäftigte in der Landwirtschaft. Sollten sich diese Forderungen von Seehofer und Co. durchsetzen, dann wäre der Mindestlohn in Deutschland ein Flickenteppich. Die Ausnahmen wären nichts anderes als neue Fehlanreize, um den Mindestlohn systematisch zu unterlaufen. Es würden ein neuer Niedriglohnbereich und Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt entstehen. Ich bleibe dabei – ein Mindest-



lohn ist per Definition der niedrigste gesetzlich zulässige Lohn. Er muss also flächendeckend und für alle Beschäftigten gleichermaßen eingeführt werden.

Um die Einhaltung eines wie auch immer gearteten Mindestlohns zu überwachen und seine Umgehung durch Scheinselbstständigkeit oder andere Konstrukte zu verhindern, wäre es zudem dringend notwendig, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit personell zu verstärken. Notwendig sind bei einem Mindestlohn auch Überlegungen, wie Manipulationen bei der Arbeitszeit verhindert werden können. Hier aber hören wir so gar nichts von der Großen Koalition – sie bleibt bislang völlig zahlos. Der Mindestlohn wird damit zur Mogelpackung.

TARIFEINHEIT VERSUS KOALITIONSFREIHEIT

Bis 2010 galt in Deutschland über Jahrzehnte durch andauernde Rechtsprechung der Arbeitsgerichte der Grundsatz „Ein Betrieb – ein Tarif“. 2010 hat das Bundesarbeitsgericht diesen Grundsatz jedoch aufgehoben. Es kritisierte damals, dass die Tarifeinheit ein Eingriff in die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit der Beschäftigten und der Gewerkschaften sei. Seither macht insbesondere der BDA mobil gegen die Tarifpluralität. Immer wieder wurde das Thema diskutiert, und jetzt will die Bundesregierung im Rahmen des Tarifpakets damit ernst machen und die Tarifeinheit gesetzlich regeln. Diese Ordnungspolitik ist völlig überzogen, denn Deutschland ist – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – wahrlich keine vom Streik geplagte Republik. Gleichzeitig gibt es bei Streik ausreichende Kontrollmechanismen. So wurden etwa Solidaritätsstreiks von Fluglotsen in der Vergangenheit von Gerichten schon als unverhältnismäßig eingestuft und gestoppt.

In der grünen Bundestagsfraktion gibt es dazu noch

keinen abschließenden Beschluss. Ich habe mich aber in den letzten Jahren schon intensiv damit beschäftigt. Meine Haltung ist eindeutig: ArbeitnehmerInnen haben das verbriefte Recht, für mehr Solidarität, faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen zu kämpfen und auch zu streiken. In der Folge wäre eine gesetzliche Normierung der Tarifeinheit ein unverhältnismäßiger Eingriff in das Streikrecht und die durch die Verfassung geschützte Koalitionsfreiheit. Diese elementaren und grundgesetzlich garantierten Rechte dürfen nicht leichtfertig in Frage gestellt werden.

SCHWARZ-ROTE LEERSTELLEN

Im Koalitionsvertrag stehen zwar Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen. Hier wird sich aber im Jahr 2014 nichts bewegen. Das ist aus meiner Sicht fatal, denn die Auslagerung an Fremdfirmen ist eines der großen aktuellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Darüber hinaus gibt es vielfältige Leerstellen im Koalitionsvertrag. So wird beispielsweise das Problem der Befristungen ohne jeden sachlichen Grund mit keinem einzigen Wort erwähnt. Und auch die vielen Frauen in Minijobs werden weiterhin in der Armutsfalle bleiben, denn auf eine Rentenversicherungspflicht konnte sich die GroKo nicht einigen. Das gleiche gilt für die Entgeltgleichheit. Die Regierung setzt nur auf Transparenz und ansonsten bleibt es bei Appellen an die Wirtschaft. Und diese Appelle haben schon in der Vergangenheit nie etwas bewirkt. Und für die Menschen, die derzeit keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, hat der Koalitionsvertrag gerade mal warme Worte. Weder das Arbeitslosengeld II soll erhöht werden, noch gibt es Ideen für einen sozialen Arbeitsmarkt. Alles zusammen ist mehr als enttäuschend. Gerade Erwerbslose brauchen Chancen und Perspektiven. Eine gute grüne Oppositionsarbeit ist also dringend erforderlich. Packen wir es an!



DEUTSCH-CHINESISCHE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

Ich freue mich, in dieser Legislaturperiode in unserer Bundestagsfraktion für China-Politik zuständig zu sein. Keine der großen Herausforderungen unserer Zeit, von der Armutsbekämpfung bis zum Klimawandel, kann heute ohne China bewältigt werden. Daher muss die deutsche Politik den Beziehungen zu China einen höheren Stellenwert einräumen.

Die wichtigsten Anknüpfungspunkte für eine verstärkte Zusammenarbeit sind die grünen Kernbereiche Umwelt, die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und die Umstellung der Energieversorgung. Insbesondere die Klimapolitik muss als Schwerpunkt der bilateralen Beziehungen weiter ausgebaut werden. Die Volksrepublik China hat die USA bereits 2007 als größter Emittent von Treibhausgasen weltweit abgelöst. Fossile Energien dominieren immer noch den Energiemix. Jedoch gewinnt der Klimaschutz zunehmend politische Priorität. Die Energiewende in Deutschland und das chinesische Low-Carbon-Development-Pilotprogramm sind die international ambitioniertesten Projekte mit dem Ziel eines klimaverträglichen Umbaus der Energieversorgung.

Trotz der zunehmenden Vertiefung der bilateralen Beziehungen fehlt der Bundesregierung bislang eine kohärente Strategie in der Zusammenarbeit mit China. Es braucht mehr multilaterale Kooperation und eine engere Einbindung Chinas als verantwortlicher Akteur in der internationalen Politik. Dies ist umso wichtiger, als die chinesische Außenpolitik bislang vorwiegend auf bilaterale Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind ein Kernanliegen grüner Außenpolitik. Menschenrechte und auch die Kritik an Menschenrechtsverletzungen müssen Teil des deutsch-chinesischen Dialogs sein. Die Bundes-

regierung muss darauf hinarbeiten, den wirtschaftlichen Austausch mit China ökologisch und sozial nachhaltiger zu gestalten.

Wir müssen gerade auch den zivilgesellschaftlichen Dialog verstärken. Der kulturelle Austausch mit China sollte weiter ausgebaut werden. Bereits heute kommen aus keinem anderen Land so viele junge Leute zu einem Studium nach Deutschland. Gleichzeitig fehlt bei uns an vielen Stellen Fachwissen über China. Dem sollten wir begegnen indem wir Bildungs- und Kooperationsangebote sowie einen intensiveren Schüler-, Studierenden- und Wissenschaftsaustausch gezielt fördern.

Gerade für Baden-Württemberg bietet die vertiefte Zusammenarbeit mit China viele Chancen. Ein wichtiges Element der bilateralen Klimakooperation sind Städte- und Kommunalpartnerschaften. Beim Bildungsaustausch verfügt Baden-Württemberg bereits über breite Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit China. Schon seit über dreißig Jahren kooperieren Hochschulen in Baden-Württemberg und China miteinander. China bietet für den baden-württembergischen Mittelstand natürlich auch wirtschaftlich viel Perspektiven. Schon heute sind dort viele Unternehmen aus dem Ländle aktiv, so dass man bei der Provinz Jiangsu gar schon von einem "chinesischen Baden-Württemberg" spricht. Zwischen Jiangsu und Baden-Württemberg besteht eine langjährige Partnerschaft. Dort haben sich auch viele chinesische Maschinenbauer angesiedelt.

Das zeigt: China bietet eine große Chance, seine Unternehmen holen aber auch auf und entwickeln sich zu ernsthaften Konkurrenten für Qualitätsprodukte. Ein Grund mehr, dass wir in Deutschland mehr in Bildung investieren und weltoffen sind für ausländische Fachkräfte, die etwas schaffen wollen.



DEN FRIEDENS- UND VERSÖHNUNGSPROZESS IN MALI VORANBRINGEN

Zu einem verantwortungsvollen außenpolitischen Engagement gehören vor allem Diplomatie, Demokratieförderung, zivile Konfliktprävention, humanitäre Hilfe und schließlich die Entwicklungszusammenarbeit. Die Trainings- und Ausbildungsmission der EU in Mali ist ein positives Beispiel dafür, wie ich in meiner Rede im Bundestag deutlich gemacht habe.

Sie hat bislang einen hilfreichen Beitrag zur Stabilisierung geleistet und damit auch mitgeholfen, den erneuten politischen Dialog und den Versöhnungsprozess in Mali zu ermöglichen. Der Aufbau der Sicherheit in Mali ist noch längst nicht abgeschlossen.

Unsere Fraktion hat dem Mandat mehrheitlich zugestimmt, gerade weil es eine klare Aufgabenbegrenzung für die deutschen Soldatinnen und Soldaten vorsieht. Das ist unsere Verantwortung gegenüber Mali. Das machen wir auch aus der Opposition heraus, denn wenn etwas gemacht wird, was für richtig erachtet, dann fällt uns kein Zacken aus der Krone, das auch zu sagen. Das verstehe ich unter einer verantwortlichen Oppositionsarbeit, die dann genauso auch deutlich macht, wenn etwas schief läuft und Alternativen formuliert.

Meine Rede im Bundestag zum Bundeswehreinsatz in Mali online unter: <http://gruenlink.de/pr4>

FÜR EIN TOLERANTES UND WELTOFFENES BADEN-WÜRTTEMBERG

In Baden-Württemberg wird aufgeregt über den Bildungsplan diskutiert. Für uns Grüne ist klar: Zu Toleranz und Weltoffenheit gehören für uns auch die Akzeptanz sexueller Vielfalt und selbstbestimmter Lebensentwürfe. Baden-Württemberg ist ein Land der Vielfalt auf dem Fundament der Grundrechte.

In diesem Sinne habe ich gemeinsam mit meinen Stuttgarter KollegInnen Ute Vogt (SPD) und Dr. Stefan Kaufmann (CDU/CSU) einen Aufruf von baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten initiiert, der am 16. Januar veröffentlicht wurde und ein starkes Signal gesetzt hat.

Dort heißt es: „Als Mitglieder des Deutschen Bundestages gehören wir verschiedenen Fraktionen an. In der Bildungspolitik vertreten wir teils gemeinsame, teils unterschiedliche Positionen. Doch parteiübergreifend sind wir der Ansicht, dass Erziehung zur Toleranz eine wichtige Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen ist. Dazu gehört für uns selbstverständlich auch der tolerante Umgang mit sexueller Vielfalt und unterschiedlichen Lebensentwürfen.“

Der Text des Aufrufs und die Liste der UnterstützerInnen online unter: <http://gruenlink.de/pr5>



MACHTWIRTSCHAFT – NEIN DANKE!

Wie sinnvoll ist denn ein Wirtschaftssystem, mit dem wir unsere ökologischen Lebensgrundlagen zerstören, welches uns wiederkehrende Finanzkrisen beschert und unsere Gesellschaften durch wachsende Ungleichheit zerreibt?" – mit dieser Frage beginnt mein Buch „Machtwirtschaft – nein danke!“, das ich am 13. Februar 2014 veröffentlicht habe. Die Suche nach Alternativen wird meine Arbeit im Bundestag in den nächsten vier Jahren entscheidend prägen.

Ich habe das Buch geschrieben, weil ich es für unabdingbar halte, dass wir uns als Grüne mit den realen Machtstrukturen in unserer Gesellschaft auseinandersetzen, die uns an einem Umsteuern hindern. Ich möchte eine Debatte darüber anstoßen, in wessen Interesse Wirtschaft und Staat eigentlich agieren und wie wir die Kontrolle über unsere Gesellschaft zurückgewinnen. Denn sonst wird das wohl wichtigste Projekt unserer Partei für die nächsten Jahrzehnte, die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft, keinen Erfolg haben.

GEFÄHRLICHE ANSAMMLUNG WIRTSCHAFTLICHER MACHT

Wie konnte es überhaupt soweit kommen? „Das alte Wachstumsversprechen hat in eine Sackgasse geführt. Es hat uns glauben lassen, dass es uns allen besser geht, wenn wir die Märkte sich selbst überlassen. Der Wunsch nach immer steigendem materiellen Wohlstand hat dazu beigetragen, dass eine Deregulierungspolitik Unterstützung fand, die den Absturz in der Finanzkrise und eine gefährliche Ansammlung wirtschaftlicher Macht zur Folge hatte. Dabei war dieses Versprechen auch mehrfach falsch: Es hat erstens häufig zu Scheinvermögen geführt, nicht zu realem Wohlstand. Zweitens hat die Mehrheit der Menschen in den letzten Jahren

gar nicht profitiert. Drittens bringt wirtschaftliches Wachstum auf dem Wohlstandsniveau, auf dem wir in Deutschland sind, nicht unbedingt zusätzliche Zufriedenheit. Und viertens bedroht es unsere Lebensgrundlagen.“

GEMEINWOHL VERSUS MACHTWIRTSCHAFT

Wenig hilfreich für diese Auseinandersetzung ist das klassische Links-Rechts-Schema. Denn die zentrale Auseinandersetzung ist nicht, wie uns häufig eingeredet wird, eine zwischen Staat und Markt. Gerade die Manager, die häufig über Marktwirtschaft reden und den Sozialstaat als überzogen hinstellen, beziehen ja sehr gerne milliardenschwere staatliche Subventionen. Und umgekehrt muss, wer sich für die Interessen der kleinen Leute einsetzen will, oft erst einmal marktwirtschaftliche Strukturen gegen bestehende Oligopole durchsetzen und eine einseitige Parteinahme des Staates zugunsten der wirtschaftlich Starken überwinden. Deshalb geht es im Kern um die Auseinandersetzung Gemeinwohl versus Machtwirtschaft.

Großunternehmen und Politik stehen oftmals eher in einer symbiotischen Beziehung, als dass der Staat die großen Unternehmen kontrollieren oder die Finanzmärkte regulieren würde. Wir Grüne sind deshalb seit unserer Gründung eine Partei, die nicht nur unregulierten Märkten, sondern auch der Macht des Staates sehr kritisch gegenübersteht. Im Bundesprogramm der Grünen von 1980 heißt es wörtlich: „Sowohl aus der Wettbewerbswirtschaft als auch aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht in staats- und privatkapitalistischen Monopolen gehen jene ausbeuterischen Wachstumszwänge hervor, in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht.“

Tel. 030 / 227-74535, Fax 030 / 227-76656, gerhard.schick@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO Kaiserring 38, 68169 Mannheim

Tel. 0621 / 4017252, Fax 0621 / 4018469, gerhard.schick@wk.bundestag.de



Auch wenn ich es etwas bescheidener formuliere, ist hier doch die Problematik angelegt, der wir uns auch heute wieder neu stellen müssen. Winfried Kretschmann sagte auf der Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober 2013, uns sei im Wahlkampf die „Staatsskepsis“ verloren gegangen. Da kann ich ihm nur beipflichten, auch wenn das keinesfalls heißen soll, dass wir einen schwächeren Staat brauchen. Wir brauchen einen anderen Staat.

DER STAAT MUSS DIE RICHTIGEN REGELN SETZEN

Denn wie gut die Ergebnisse von Marktprozessen sind, hängt davon ab, wie gut die Regeln sind. Der Staat muss den Wettbewerb garantieren und dafür sorgen, dass sich niemand zu Lasten der anderen bereichern kann. Für jeden Einzelnen ist das eine Einschränkung der Entscheidungsfreiheit, wenn Fusionen zu immer mächtigeren Unternehmen verboten oder wenn bestimmte vertragliche Regelungen untersagt werden. Aber genau das ist wichtig, um unser aller Entscheidungsfreiheit für die Zukunft zu sichern.

Seit die CDU die christliche Soziallehre als Orientierungsmaßstab aufgegeben hat, sind wir Grüne die einzige relevante Partei in Deutschland, der es in der Wirtschaftspolitik nicht nur ums Geld geht. Im Kern unseres Selbstverständnisses steht die Verantwortung vor dem Menschen und der Natur. Wir wollen das Ökonomische im Interesse einer menschenwürdigen Ordnung auch gezielt begrenzen. Dabei sind wir eine liberale Partei, die aber den Begriff der Freiheit wesentlich grundsätzlicher definiert, als diejenigen, die damit lediglich die fragwürdigen Ergebnisse von vermachteten Marktprozessen rechtfertigen. Mit unserem emanzipierten, grünen Freiheitsbegriff können wir das Fundament

für eine Erneuerung des Staates und des Markts im Interesse der Vielen durchbuchstabieren.

Im Bereich der ökologischen Transformation stehen wir hier vor einer ganz besonderen Herausforderung. Knapp formuliert: Wenn wir weiter so wirtschaften wie bisher, scheitern wir an den Grenzen unseres Planeten. Wenn wir unbedacht umsteuern, gleiten unsere Volkswirtschaften in die Instabilität. Ein Dilemma, auf das wir mit dem Wissen um die Machtstrukturen unserer Gesellschaft Antworten finden müssen.

Gemeinsam mit Dieter Janecek, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, habe ich deshalb auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im Januar 2014 den Antrag gestellt, dass wir die Widersprüchlichkeiten unseres Wohlstandsmodells als Partei diskutieren und programmatische Lösungen für die bevorstehenden Herausforderungen suchen. Dabei wollen wir die Ergebnisse der Enquete-Kommission der letzten Legislaturperiode aufgreifen. Ich freue mich sehr, dass die Delegierten unseren Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen haben.

Denn bei uns Grünen kann man eine ganze Bandbreite von Argumentationsweisen im Umgang mit Wachstum, Wohlstand und Transformation beobachten. Wenn wir diese für einen zielführenden Programmprozess nutzen, sind wir wieder die Partei, die mit einer klaren Vorstellung von einer zukunftsfähigen Wohlstandsgesellschaft den dafür notwendigen ökologisch-sozialen Transformationsprozess beschreibt. Ich freue mich auf eine spannende Debatte und Eure Beiträge dazu.

BETREUUNGSWAHLKREISE

AALEN	Harald Ebner
ALB-DONAU	Beate Müller-Gemmeke
BIBERACH	Agnieszka Brugger
BODENSEEKREIS	Agnieszka Brugger
BREISGAU-HOCHSCHWARZWALD	Kerstin Andreae
BÖBLINGEN	Matthias Gastel
CALW	Beate Müller-Gemmeke
EMMENDINGEN	Kerstin Andreae
ESSLINGEN	Matthias Gastel
ETTLINGEN	Sylvia Kotting-Uhl
FREIBURG	Kerstin Andreae
FREUDENSTADT	Beate Müller-Gemmeke
GÖPPINGEN	Matthias Gastel
HARDT	Gerhard Schick
HEIDELBERG	Franziska Brantner
HEIDENHEIM	Matthias Gastel
HEILBRONN	Gerhard Schick
HOHENLOHE	Harald Ebner
KARLSRUHE	Sylvia Kotting-Uhl
KARLSRUHE/LAND	Sylvia Kotting-Uhl
KONSTANZ	Gerhard Schick
LUDWIGSBURG	Cem Ozdemir
LÖRRACH	Kerstin Andreae
MAIN-TAUBER	Harald Ebner
MANNHEIM	Gerhard Schick
NECKAR-ODENWALD	Franziska Brantner
NECKAR-BERGSTRASSE	Franziska Brantner
ODENWALD-KRAICHGAU	Gerhard Schick
ORTENAU	Sylvia Kotting-Uhl
PFORZHEIM/ENZKREIS	Gerhard Schick
RASTATT/BADEN-BADEN	Sylvia Kotting-Uhl
RAVENSBURG	Agnieszka Brugger
REMS-MURR	Cem Ozdemir
REUTLINGEN	Beate Müller-Gemmeke
ROTTWEIL	Chris Kühn
SCHWARZWALD-BAAR	Chris Kühn
SCHWÄBISCH GMUND	Harald Ebner
SCHWÄBISCH HALL	Harald Ebner
SIGMARINGEN	Agnieszka Brugger
STUTTGART	Cem Ozdemir
TUTTLINGEN	Chris Kühn
TÜBINGEN	Chris Kühn
ULM	Beate Müller-Gemmeke
WALDSHUT	Kerstin Andreae
WANGEN	Agnieszka Brugger
ZOLLERNALB	Chris Kühn

SÜDWESTGRÜN erscheint etwa viermal im Jahr. Darin berichten wir als Landesgruppe Baden-Württemberg der grünen Bundestagsfraktion von unserer Arbeit.

SÜDWESTGRÜN wird als E-Mail mit PDF-Anhang versandt. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen möchte, schreibe bitte eine E-Mail mit dem Betreff „Abo Südwest-Grün“ an **harald.ebner@bundestag.de**. Abmeldungen und Feedback aller Art bitte ebenfalls an diese Adresse!

Ältere Ausgaben aus den vorangegangenen Wahlperioden sind im **SÜDWESTGRÜN**-Archiv auf **www.kotting-uhl.de** zu finden.

Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden- Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein wie wir es gerne möchten. Daher seid ihr, die Grünen in Baden-Württemberg, unser stärkstes Bindeglied „ins Ländle“. Für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret auf den Nägeln brennt.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen und euer Engagement sind eine wichtige Ergänzung zu unserer parlamentarischen Arbeit!

Da wir ja leider nicht in jedem Wahlkreis mit einer/einem eigenen MdB vertreten sind, haben wir das System der Betreuungswahlkreise eingerichtet. In der Liste links seht ihr, wer von uns für euren Wahlkreis zuständig ist.

Mehr aus der Bundestagsfraktion immer aktuell unter **WWW.GRUENE-BUNDESTAG.DE**

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Harald Ebner, MdB (Landesgruppensprecher)

Redaktion & Gestaltung: Sönke Guttenberg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 73025

Fax 030 / 227 76025

harald.ebner@bundestag.de